

Rezension zum Band 7 (EZI e.V. Hrsg.)
-Studien zur europäischen Integration-
von Marion Elisabeth Fahrngruber

Titel :

**„Die Entwicklungspolitik der Europäischen Union am Beispiel der
Entwicklungszusammenarbeit mit Uganda“**

Ziel von Entwicklungspolitik in einer globalisierten Welt ist es, das bestehende Entwicklungsgefälle zwischen Staaten durch geeignete Maßnahmen zu verringern.

Mit der vorliegenden Masterarbeit gelingt der Autorin eine umfassende Darstellung der aktuellen europäischen Entwicklungspolitik. Eingebettet in die Millenniumsziele der Vereinten Nationen (2000), bildet der 2012 in der „Agenda für den Wandel“ beschlossene Europäische Konsens die Grundlage hierfür.

Einführend werden in der Arbeit zunächst die allgemeinen Grundlagen von Entwicklungszusammenarbeit dargelegt: Merkmale von Entwicklungsdefiziten, deren Ursachen, handelnde Akteure.

In einem zweiten Schritt rückt die europäische Entwicklungspolitik in den Fokus: Begründungszusammenhang, rechtliche Grundlagen, Ziele und Strategien, konkrete Maßnahmen, Zuständigkeiten und Finanzierungsgrundlagen. Zur Verdeutlichung der Problemlage: der Anteil der 79 sogenannten AKP-Staaten (48 in Afrika, 16 im Karibischen und 15 im Pazifischen Raum) am Welthandel beträgt trotz verschiedener entwicklungspolitischer Abkommen (Yaoundè 1964, Lomé I-IV in den Achtziger Jahren, Cotonou 2000) noch immer weniger als 2%.

Zur Bildung strategischer Partnerschaften zwischen der EU und den afrikanischen Staaten besteht seit dem Beginn dieses Jahrhunderts ein kontinuierlicher Dialog mit dem Ziel, Schritt für Schritt konkrete Maßnahmen zu vereinbaren. Am Beispiel Ugandas wird nachfolgend aufgezeigt, wie das Land vor der Fülle einer „Vision 2014“ zu einem modernen und wohlhabenden Staat werden soll. In tabellarischen Übersichten wird dazu der Entwicklungsstand von acht Millenniumsentwicklungszielen (MEZ) mit insgesamt 21 Zielvorgaben erfasst, Stand 2013. Die Erfolgsbilanz ist trotz einiger Fortschritte in Einzelbereichen eher mäßig.

Fazit und Ausblick: Um in naher Zukunft mehr zu erreichen, müssten in fast allen Themenbereichen die Anstrengungen intensiviert und ausreichend finanziert werden. Allerdings: die meisten europäischen Geldgeber wenden bis 2015 statt der als notwendig erachteten 0,7% des Bruttonationaleinkommens im Durchschnitt nur 0,45% davon auf. Angesichts steigender Belastungen muss leider befürchtet werden, dass das finanzielle Engagement bei der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit von einzelnen Ländern sogar heruntergefahren wird.

Josef Stiel
Eschweiler, März 2016

(J. Stiel, StD a.D., Mitglied des EZI-Vorstandes, wissenschaftlicher Lektor und Pressereferent)